

FDP

Die Liberalen

LIBERAL

JOURNAL

Gemeinsam weiterkommen

FOKUS

Abstimmungen Tourismus/Senioren Frauen in die Politik



Komitee Parkplatzkompromiss
2 x FÜR DEN GEGENVORSCHLAG!

Parteien



Verbände und Organisationen



Jungparteien

**Ermöglichen statt verhindern**

Miteinander statt Gegeneinander und Grabenkämpfe (Präsident)
Seite 2

Hotellerie und Tourismus in der Stadt Luzern

14 Monate nach dem Beginn von Corona
Seite 3

Frauen in die Politik

Was politisch interessierte Stadtluzernerinnen zu diesem Thema sagen
Seite 4

Sich aufraffen – die Meinung kundtun

Wer darf das? (Seite der FDP-Senioren)
Seite 6

Ja zum CO2-Gesetz

Ja zu Kostenwahrheit und Innovation
Seite 7

Ja zum Covid-19-Gesetz

Wieso ein Gesetz? Das Gesetz im Detail
Seite 9

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Was für häusliche Gewalt und Hooliganismus gilt, soll auch für Terrorismus gelten
Seite 9

Pestizid-Initiative – Pro und Kontra

Seite 10

Trinkwasserinitiative – Pro und Kontra

Seite 10

Parkplatzkompromiss – mobil bleiben

2 x für den Gegenvorschlag
Seite 11

Eidgenössische und städtische Abstimmungen vom 13. Juni 2021

Die Vorlagen werden immer komplexer, emotionaler und raffinierter.
Unsere Erläuterungen und Entscheidungsgrundlagen.

FDP.Die Liberalen Stadt Luzern
6000 Luzern
Telefon 041 210 20 28
info@fdp-stadtluzern.ch
www.fdp-stadtluzern.ch

Post 6000 Luzern

Ermöglichen statt verhindern

Miteinander statt Gegeneinander und Grabenkämpfe



Politik soll ermöglichen, nicht stets verhindern. Die Politik soll einen Rahmen schaffen, innerhalb dessen private Initiative, freies Unternehmertum, kreatives Kulturschaffen und freiwilliges Engagement möglich sind. Menschen und Unternehmen brauchen Freiräume. Die Politik kann und soll nicht alles steuern und schon gar nicht alles selbst machen. Auch die Politik agiert innerhalb eines rechtlichen Rahmens, welcher Grenzen setzt. Die Politik soll sich ihrer Grenzen bewusst sein und soll einen Rahmen für Neues schaffen; sie soll ermöglichen statt verhindern; miteinander statt gegeneinander, nur gemeinsam kommen wir weiter.

Wohl nur wenige würden den obenstehenden grundsätzlichen Überlegungen nicht zustimmen. Wo Politik aber auf die Realität trifft, wird es schwieriger. Im Stadtparlament erleben wir, wie eine links-grüne Mehrheit verhindert, statt ermöglicht; sie spielt Menschen gegeneinander aus, statt das Miteinander zu suchen.

Links-grüne Verhinderungspolitik

Als Beispiel für die links-grüne Verhinderungspolitik kann die Pilatus-Arena dienen. Die Parlamente und Stimmbürgerinnen der Städte Luzern und Kriens haben dem Projekt Pilatus-Arena und damit dem Bau einer Sport- und Eventhalle zugestimmt. Doch im Stadtparlament zeigten sich die SP und die Grüne Partei als schlechte Verlierer; sie starteten einen politischen Sabotageversuch, um das Projekt doch noch zu verhindern. Mit einer Motion wollten sie die Verlängerung des Kaufrechts verhindern. Die Verlängerung war aber vertraglich so vereinbart. Der Vertrag fällt zudem unter die Übergangsbestimmungen im Reglement über die Abgabe von stadteigenen Grundstücken, welches Parlament und Volk im Jahre 2017 beschlossen haben.

Obwohl SP und Grüne über eine Mehrheit im Stadtparlament verfügen, wurde ihre Motion dann doch nicht überwiesen. Einzelne SPlerinnen und Grüne hatten bei der Abstimmung im Luzerner Stadtparlament kalte Füsse bekommen und enthielten sich nun der Stimme. Der politische Sabotageversuch hat aber auch so Schaden verursacht. So stellt sich nämlich die Frage: kann die Stadt Luzern unter solchen Voraussetzungen noch ein verlässliche Vertragspartnerin sein?

Gegeneinander statt Miteinander

Beispiele für das von SP und Grünen politisch bewirtschaftete Gegen- statt Miteinander gibt es in verkehrspolitischen Diskussionen leider mehr als genug. Links-Grün macht jede Mobilitätsdebatte zum ideologischen Grabenkampf zwischen guten Velofahrern und bösen Autofahrerinnen. Diese ideologische Verkürzung wird der Realität nicht gerecht und bringt uns nicht weiter. Wir brauchen eine zukunftsgerichtete Mobilitätspolitik. Wir von der FDP fordern dies schon seit Jahren. Die Stadt braucht eine neue, nachhaltige Mobilitätsstrategie mit messbaren Zielen: wir wollen die Erreichbarkeit der Stadt massgeblich verbessern und gleichzeitig die negativen Effekte der Mobilität verringern.

Ideologische Grabenkämpfe in der Verkehrspolitik

Eine gute Erreichbarkeit ist ein zentraler Faktor der Standortattraktivität. Dazu gehört auch ein Parkplatz-

angebot für Autos, Motorräder und Velos. Das geltende Parkplatzreglement der Stadt Luzern stammt aus dem Jahre 1986 und es ist wohl unbestritten, dass sich die Mobilität in der Stadt Luzern in den letzten 35 Jahren stark verändert hat. Das Reglement soll darum überarbeitet werden. Die FDP-Fraktion hat im Stadtparlament einen entsprechenden Kompromissvorschlag des Stadtrates unterstützt. Leider



wurde dieser Kompromiss von Links-Grün bekämpft. Im Infoblatt der Pro Velo Luzern schreibt ein Grossstadtrat der SP dazu: «Sehr lange hat in Luzern (...) eine Verkehrspolitik von friedlicher Ko-Existenz funktioniert: Man nahm den Autofahrer*innen nichts weg und gab wo möglich den Velofahrenden etwas. Nur stösst diese Politik irgendwann an ihre Grenzen.» Das Zitat macht deutlich, wie die SP die unterschiedlichen Mobilitätsformen gegeneinander ausspielen und die «friedliche Koexistenz» gar aufkündigen will. Dies ist nicht zielführend, gerade jetzt, wo die unterschiedlichen Verkehrsmittel konvergieren. Ist ein leichtes Elektroauto so anders zu beurteilen als ein schweres E-Lastenvelo? Entscheidend ist doch, dass wir die negativen Auswirkungen – Stau, Unfälle, Abgase und Lärm – minimieren.



Ja zum Parkplatzkompromiss

Am 13. Juni wird die Stadt Luzern über die Revision ihrer Parkplatzreglemente abstimmen. Mit ihrem Stimmzettel haben Sie es in der Hand. Stimmen Sie für ein Miteinander und damit für eine nachhaltige Weiterentwicklung der Stadt Luzern!

Sagen Sie Ja zum Parkplatzkompromiss! (Gegenvorschlag)

Fabian Reinhard, Präsident
FDP. Die Liberalen Stadt Luzern



Hotellerie und Tourismus in der Stadt Luzern

– 14 Monate nach dem Beginn von Corona

Die Wellen der Pandemie

Seit mehr als einem Jahr setzt sich die Schweiz mit der Corona-Pandemie auseinander. Nachdem die erste Welle gemeistert wurde, konnte die Gastronomie am 10. Mai 2020 den Betrieb, mit Einschränkungen, wieder aufnehmen. Damit war, wie wir heute alle wissen, die Pandemie aber noch nicht vorbei. Aufgrund der dynamischen Entwicklung der Pandemie mussten sich Hotellerie und Gastronomie mit immer wieder neuen rechtlichen Vorgaben auseinandersetzen. Im Durchschnitt hatten wir letztes Jahr alle zwei Wochen ein neues Schutzkonzept. Daher mussten unzählige geplante Anlässe mehrfach umgeplant, teils sogar annulliert werden.

Einzelne Hotels haben im Frühling letzten Jahres ihre Türen geschlossen und diese bis heute noch nicht wieder geöffnet. Die Gastronomie wurde Ende letzten Jahres behördlich geschlossen. Bis auf die Terrassen, welche am 19. April 2021 wieder Gäste empfangen durften, bleibt die Gastronomie in Innenräumen bis heute für externe Gäste geschlossen. Nur Hotelgäste dürfen in den Innenräumen verpflegt werden. Verschiedene Hotels haben, nach einer mehrmonatigen Schliessung um die Osterzeit den Betrieb, teils eingeschränkt, wieder aufgenommen.

Staatliche Unterstützung

Seit dem letzten Frühling wurden durch den Bund, den Kanton und auch die Stadt Luzern viele Unterstützungsmassnahmen beschlossen und umgesetzt. Dafür sind die Gastronomie und die Hotellerie sehr dankbar. Nach Vereinfachungen bei der Kurzarbeit und den Covid-Krediten folgten Erleichterungen bei der Nutzung von Aussenflächen und Härtefallentschädigungen. Die letzten Anpassungen bei den Programmen wurden vor wenigen Tagen beschlossen. Die eingesetzten Finanzmittel entfalten ihre Wirkung bei den einzelnen Betrieben und sorgen damit für den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Schweizer*innen reisen in der Schweiz

Die Luzerner Hotellerie und Gastronomie durfte im vergangenen Jahr auf viele Gäste aus der ganzen Schweiz, nicht zuletzt aus der Romandie, zählen. Viele Menschen haben so unsere Stadt mit der ganzen Region mit ihren Sehenswürdigkeiten besser kennengelernt. Trotz dieser grösseren Anzahl Schweizer Gäste resultierte ein riesiger Einbruch bei den Logiernächten um -65% in der Stadt Luzern und -52% im Kanton Luzern.

Luzern im Vergleich mit anderen Städten – erwartete Entwicklungen

Ähnliche - teils sogar noch grössere - Einbussen mussten die anderen Schweizer Städte Genf, Zürich, Bern, Lausanne und Basel verzeichnen. Verschiedene Marktsegmente, auf welche Luzern bisher zählen durfte, werden sich voraussichtlich nachhaltig verändern. Der Tourismus aus den Fernmärkten etwa dürfte sich, nach heutiger Beurteilung, nur schleppend von der Pandemie erholen. Aus ersten Gebieten wird auf eine Erholung auf 80% der Gästezahlen des Jahres 2019 frühestens im kommenden Jahr gehofft. Aus gewissen Ländern wird mit der Erreichung der 80%-Schwelle erst im Jahr 2023, oder gar 2024 gerechnet. Pessimistische Schätzungen rechnen mit einer «vollständigen» Erholung erst im Jahr 2026. Ein Trend zu eher kleineren Reisegruppen und mehr Einzelreisenden wird vorhergesagt. Auch der Geschäftstourismus wird sich verändern. Möglicherweise wird er nie mehr auf das Niveau vor der Pandemie zurückkehren. Der Messe- und Kongresstourismus steht ebenfalls vor einer ungewissen Zukunft.

Wer sind unsere Gäste in den kommenden Monaten

Was bedeutet das nun für Luzern und unseren Tourismus? Luzern und die vielen Hotels und Gastronomiebetriebe werden sich weiterhin stark auf die Schweizer Gäste fokussieren. Als nächstes werden



Schweizerhof Terrasse am 19. April 2021 (erster Tag der Terrassenöffnung)

wohl die Nahmärkte Deutschland, Frankreich, Österreich und Italien für mehr Internationalität in unseren Gassen und Hotels sorgen. Danach folgen möglicherweise weitere Länder Europas. Frühestens Ende 2021 oder gar erst im Jahr 2022 werden wieder erste Gäste aus Fernmärkten in Luzern zu sehen sein. Die Marktbearbeitung in den Herkunftsgebieten erfolgt in enger Koordination durch Schweiz Tourismus, die Luzern Tourismus AG und die einzelnen Leistungserbringer.

Erwartete Entwicklungen und mögliche Lockerungen

Nachdem der Bundesrat seinen 3-Phasen-Plan für Lockerungen bekanntgegeben hat, wird wohl frühestens Ende Mai ein Gastronomiebetrieb in Innenräumen möglich sein. Lockerungen für Veranstaltungen werden für den Sommer in Aussicht gestellt. Freiere Bewegung wird erst mit einem international anerkannten Zertifikat möglich sein, welches bis im Sommer entstehen soll. Zentral sind aktuell die repetitiven Tests in Betrieben, welche seit einigen Wochen im Kanton Luzern gemacht werden können. Dann wird der Fortschritt der Impfkampagne von grosser Wichtigkeit sein. Zu guter Letzt muss auch immer wieder an die Disziplin der Bevölkerung appelliert werden, die gültigen Regelungen einzuhalten und so einen kleinen Beitrag zu künftigen Lockerungen zu leisten.

Wir schaffen den Schritt zu mehr Freiheit nur gemeinsam!

Patrick Hauser
Kantonsrat FDP

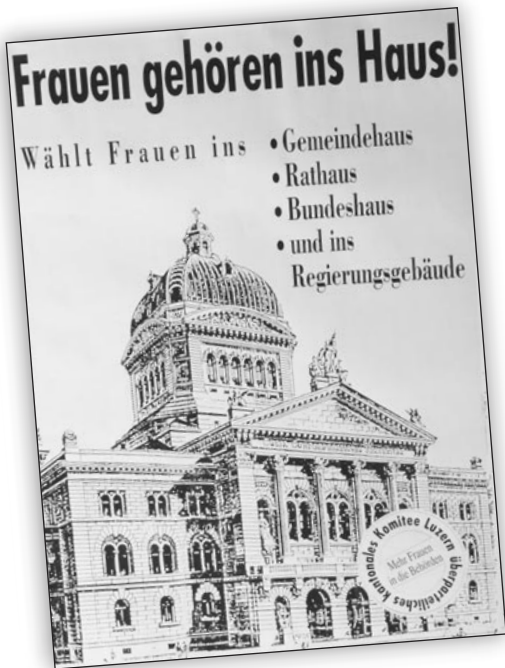


Schweizerhof Lobby während der Schliessung

Frauen in die Politik

Was politisch interessierte Stadtluzernerinnen zu diesem Thema sagen

50 Jahre Frauenstimmrecht, Frauenstreik 2019, Motivation von Frauen für Kandidaturen, Einfluss der Frauen auf Abstimmungsergebnisse und vieles mehr. Es sind dies Themen, welche gerade in den letzten Monaten viel Platz in den verschiedenen Medien erhalten. Wir wissen aus Erfahrung, dass es nicht immer leicht ist, unsere Wahllisten einigermaßen ausgeglichen zu gestalten. Wir baten daher einige unserer liberalen Kolleginnen um ein kurzes, subjektives Statement zum Thema «Frauen in die Politik» (Warum? Was bringt «es»? Warum ist es richtig, wichtig? etc.).

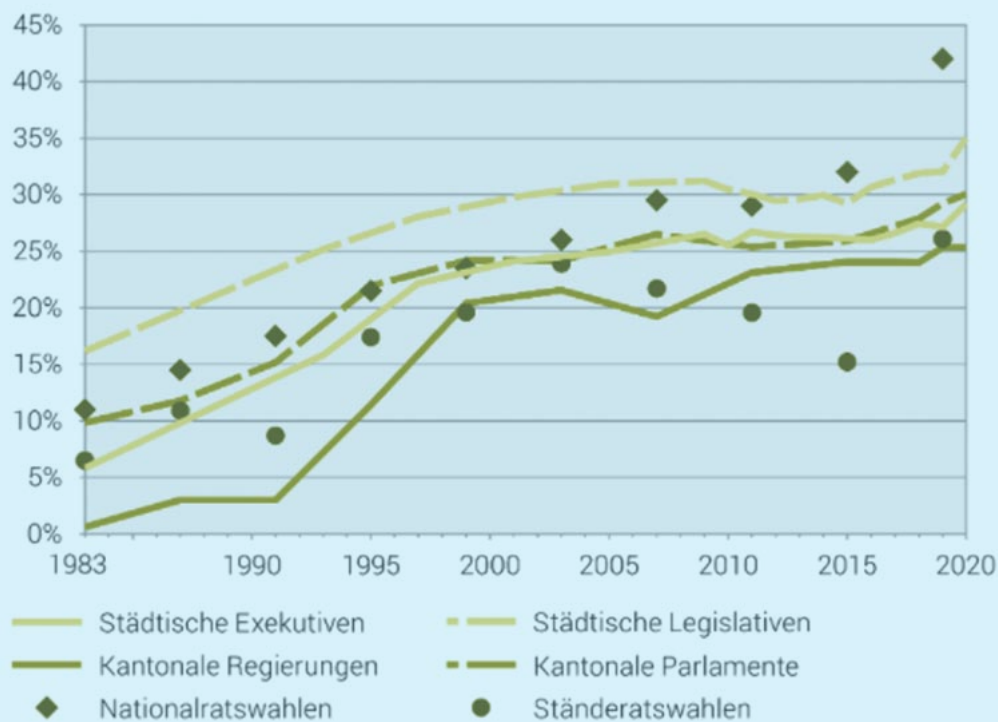


«Mehr Frauen in die Behörden»
(Überparteiliches kantonales Komitee Luzern)

Das Diagramm des Bundesamtes für Statistik zeigt, dass der Anteil der Frauen in den verschiedenen politischen Institutionen langsam wächst, vor allem im Nationalrat. Vor kurzem ging die Meldung durch die Medien, dass Frauen die Mehrheit im neu gewählten Staatsrat des Kantons Waadt stellen. Die Aktion des überparteilichen Komitees «Mehr Frauen in die Behörden» hat gewirkt.

Die Frauenrepräsentation in den politischen Institutionen

Entwicklung des Frauenanteils in den politischen Institutionen, 1983-2020

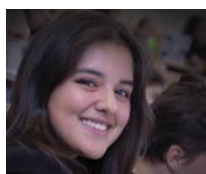


Quelle: BFS – Wahlstatistik

© BFS 2021

LEITUNGSTEAM

Vreni Grüter Felber
Leitungsteam FDP Senioren
Kantonsrätin 1995 – 2005
Geschäftsführerin FDP
Stadt Luzern 1994 - 2006



Marianne Montero
Vorstand Jungfreisinnige
Stadt Luzern
Eventverantwortliche



Laura Grüter Bachmann
Juristin, Anwältin
Grosser Stadtrat Luzern
2005 – 2020
2015 Präsidentin Stadt-
parlament

«Frauen gehören ins Haus»

Ins Bundeshaus ... Diesen nun 30-jährigen Text setzte eine junge Grafikerin auf das im Wettbewerb erfolgreiche Plakat. Doch erst Ständerätin Josi Meier verhalf ihm anlässlich der Frauensession 1991 zur Durchschlagskraft.

Mein Weg führte über Institutionen in die Politik. Parteipolitik schreckte mich ab. Ich lernte dann aber, dass es zur Erreichung grösserer Ziele die Politik braucht. Politik ermöglicht breiteres Netzwerk, Auseinandersetzung, Öffentlichkeit, Geld. Wenn ich mir wichtige Ziele erreichen wollte, gab es nur den Weg über die Parteipolitik. Der Erfolg gab mir recht.

Als kleines Mädchen kam es mir nie in den Sinn, mich nicht für meine Überzeugungen einzusetzen. Äußerungen zu meiner Parteiangehörigkeit wie «Ist es nicht zu männerdominiert?» lassen mich schmunzeln. Frauen sind essenziell für eine realistische Repräsentation des Volkes. Wir müssen ein liberales Denken und eine offene Gesellschaft fördern.

Um Gleichberechtigung und Chancengleichheit zu erreichen, soll man nicht nur fordern, sondern aktiv handeln, verändern und zukünftige Generationen mit den Taten von heute inspirieren.

Eine Frage oder ein Aufruf? Ernsthaft? Niemals wurde in vergleichbarer Art und Weise das Thema hinsichtlich Männern thematisiert. Politik in ihren verschiedenen Dimensionen und die politische Arbeit betreffen das Zusammenleben unserer Gesellschaft. Es braucht die Bevölkerung, die sich dafür interessiert. Die Bevölkerung besteht hälftig aus Frauen und Männern, deshalb ist es für mich selbstverständlich, dass beide Teile angemessen vertreten sind und sich politisch engagieren.



Jacqueline Theiler
Management % Communi-
cation (selbstständig)
Präsidentin FDP.Die Libera-
len Kanton Luzern

Gibt es einen Grund, wieso sich Frauen politisch nicht engagieren sollen? Wohl kaum! Zudem bin ich überzeugt: Gemischte Teams bringen bessere Ergebnisse. Ganz nach unserem liberalen Motto: gemeinsam weiterkommen! Deshalb sollten Frauen, Männer, Junge wie Alte (selbstverständlich nicht abschliessend...) gleichermassen gefördert werden – in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.



Sonja Döbeli Stirnemann
Betriebsökonomin HWV
Grosser Stadtrat Luzern
seit 2007
Vizepräsidentin Stadtpar-
lament

Politik hat mich schon immer interessiert. Für mich war es immer klar, dass ich mich engagieren möchte. Als ich im städtische Parlament 2007 vereidigt wurde, hatte ich das Glück, dass die Fraktion gendernässig sehr ausgeglichen war. Eine kurze Zeit hatten wir sogar eine Frauenmehrheit. Leider hat sich dies von Wahl zu Wahl verschlechtert. Heute sind wir nur noch zu zweit. Und ja, es gibt Differenzen zwischen Männern und Frauen in der Politik. Die Themen und die Themenschwerpunkte sind anders, wie auch die Perspektive. Wie überall: gemischte Teams sind die besten Teams. Doch, wie kommen wir zu mehr Frauen in der FDP Fraktion? Fehlen ihnen die Netzwerke aus Beruf, Militär oder Zunft? Eine ausgeglichene Vertretung erreichen wir nur, wenn wir bewusst Frauen anfragen und ihnen auch Chancen geben, so wie es Neuenburg unlängst erfolgreich vorgemacht hat.



Marija Bucher
Unternehmensinhaberin
Hotel Schlüssel Luzern

2021 darf sich die Frage nicht mehr stellen, ob es Sinn mache, dass sich Frauen politisch engagieren. Frauen sind wichtige Vorbilder: alles, was sie tun oder eben nicht tun, prägt die künftigen Generationen. Frauen sind von politischen Entscheidungen im gleichen Mass betroffen wie Männer. Deshalb ist es wichtig, dass sie am Entscheidungsprozess teilnehmen und ihre Meinungen sowie ihre Bedürfnisse einbringen. Wenn frau sich Zeit nimmt, um am politischen Prozess teilzunehmen, kann sie viel Zeit bei der Umsetzung der politischen Entscheidungen in ihrem Alltag sparen.



Kim Rast
Präsidentin Jungfreisinnige
Kanton Luzern
HSLU Hochschule Luzern
2020 – 2023
Kommunikation und
Marketing

Immer mehr Frauen werden aktiv und nutzen ihre Stimmen. Dies erscheint mir sehr wichtig, wir sind in einer Zeit in welcher die Gleichstellung selbstverständlich sein muss. Die Politik hat die Aufgabe Grundlagen für die Gleichberechtigung zu bilden, dies in Form von Kindertagesstätten, flexiblen Arbeitszeiten oder auch bereits in der Bildung Chancen aufzuzeigen. Mehr Frauen müssen sich nur noch trauen neues zu wagen und ein Vorbild für die nächsten Generationen sein.



Anna-Sophia Spieler
Mitglied Jungfreisinnige
Luzern
BLaw Universität Luzern

Frauen bilden die Hälfte der Schweizerischen Bevölkerung. Aus diesem Grund ist es für mich enorm wichtig, dass unsere Interessen in der Politik vertreten sind. Frauen in der Politik sind Vorbilder für die kleinen Mädchen und Jungen zu Hause, die zu ihrem Vorbild aufschauen und es diesem gleich machen möchten. Durch dieses Aufschauen und Nachstreben nach dem eigenen Vorbild werden Veränderungen und Verbesserungen für Frauen in der ganzen Bevölkerung überhaupt möglich.



Isabel Schiavini
Aktives Mitglied der
FDP-Senioren Stadt Luzern

Frauen stehen heute vermehrt im Berufsleben und interessieren sich erfreulicherweise immer mehr für Politik. Frauen politisieren anders als Männer, haben andere Argumente. Ich bin der Meinung, dass so Diskussionen umfänglicher werden, lebendiger, mit unterschiedlichen Sichtweisen zwischen Männern und Frauen. Um gute Resultate erzielen zu können, sind viele verschiedene Meinungen wichtig und nötig (Frauen/Männer, Jüngere/Ältere). Frauen sollten nicht wegen ihres Geschlechts (sprich Quoten) in die Politik gewählt werden, sondern wegen ihrer Qualifikation. Nur politisch interessierte Frauen sollten ohne Druck gefördert werden. Das gilt übrigens auch für Männer. Sofern die familiäre Situation mit Kinderbetreuung, Zeit, Mittagstisch gut organisiert ist (Teilpensen in Beruf usw.) sollte eine Teilnahme in der Politik machbar sein. Auch heute ist die Kindererziehung immer noch sehr wichtig, sind die Kinder doch die Erwachsenen von morgen. Deshalb sollten Frauen (oder ein Elternteil) sich Zeit nehmen für ihre Kinder (Hilfe bei persönlichen Problemen, Hausaufgaben, Fürsorge zeigen, Liebe geben). Zitat: «Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.»



Trudi Bissig - Kenel
Pharma-Assistentin, Mitinhaber-
in Drogerie Wesemlin
Grosser Stadtrat Luzern
1996 – 2010
Präsidentin FDP Stadt Luzern
2004 – 2010

(Gedanken aus einem Interview vom 17.01.2021 im Urner Wochenblatt)

Während meiner Jugendzeit in Arth SZ hat mein Vater in Gemeindeversammlungen und als Schwyzer Kantonsrat intensiv politisiert, wobei wir vier Töchter immer mitreden und unsere Meinung sagen durften. Ich fand es damals ungerecht, dass wir fünf Frauen zu Hause im Gegensatz zu gleichaltrigen Männern nicht abstimmen durften. Bezüglich des 1971 eingeführten Frauenstimmrechts freute es mich, dass «ich dieses meiner Erstgeborenen in die Wiege legen konnte».

Nicht verstehen konnte ich damals, dass ein Ehemann über das von der Ehefrau in die Ehe eingebrachte Vermögen bestimmen konnte und darüber, ob die Frau eine Arbeitsstelle annehmen durfte.

Meine Mitarbeit im KMU- und Gewerbeverband Luzern und im Verband der Businessfrauen BPW Luzern führten zu gesellschaftlichem und politischem Engagement, so im Grossen Stadtrat Luzern und als Parteipräsidentin der FDP der Stadt Luzern.

Es gibt viele gute Frauen, welche auch in der Politik alle Chancen hätten – wenn sie wollen. Leider erhielten wir zu oft Absagen. Dabei liegt zum Beispiel gerade das Thema Familienpolitik uns Frauen. Die Frauen müssen die Gleichstellung jetzt einfordern und dafür geradestehen. Investieren in ihre Aus- und Weiterbildung ist wichtig für die jungen Frauen.

Viele kleine Schritte ... (27.03.2019)

41 Jahre Kantonsrat-Erfahrung haben Giorgio Pardini (SP) und Herbert Widmer (FDP) gemeinsam auf dem Buckel. Im zentralplus-Doppelinterview kamen die beiden zum Schluss, dass die Rahmenbedingungen für Mütter mit kleinen Kindern im Kantonsrat nicht gut seien. Deshalb sei diese Bevölkerungsgruppe schlecht repräsentiert. «Mütter kleiner, noch nicht in die Schule gehender Kleinkinder, können auch wichtige Ideen und Inputs in den politischen Prozess einbringen und über viel Erfahrungen verfügen», halten die beiden fest. Sie haben das Problem nicht nur erkannt, sie haben auch gehandelt. An ihrem letzten Tag im Luzerner Kantonsrat, haben die beiden einen gemeinsamen Vorstoss lanciert. Sie bitten die Regierung Möglichkeiten zu prüfen, für die betreffenden Kinder bei Bedarf eine Kita im Regierungsgebäude oder in der Nähe einzurichten. Die entstehenden Kosten sollen erschwinglich bleiben, eine entsprechende Kitaauslösung soll nur bei ausgewiesenem Bedarf zur Verfügung gestellt werden. (Zentralplus)

Sich aufraffen - die Meinung kundtun

Wer darf das?



Welche Einflussnahme steht uns «Alten» noch zu? Liebe Seniorinnen und Senioren, ich brauche den Begriff die «Alten» im Gegensatz zu den «Jungen». Dürfen, sollen oder wollen «wir Alten» noch

etwas zu sagen haben? Und wer sind denn diese Alten zwischen 65 und 100?

Für alle gilt wohl: wir konnten viele Erfahrungen sammeln. Nach dem Wortlaut der neuen Bildungspolitik haben wir uns ganz viele Kompetenzen angeeignet. Diese können wir nicht einfach auf die Seite legen. Wir nehmen Fragen auf, fühlen uns bei vielen Themen noch immer angesprochen, wollen mitdiskutieren.

Wie denken wir?

Unser Denken wird von zwei Eigenschaften bestimmt: Im Gegensatz zu früher vernetzen wir ein politisches Anliegen stärker, befassen uns mit möglichen Folgen einer neuen Forderung. Wir betrachten ein Thema gesamtheitlich und umfassend. Oder

aber wir fokussieren uns auf eine ganz spezifische Frage, eine Frage, die unseren Alltag betrifft. Bestimmend ist, dass wir die weitreichenden Folgen einer Entscheidung eher erkennen, breiter abwägen und klarer beurteilen. Einfache gesellschaftliche Lösungen sind aber nicht leicht zu finden. Sind wir hier und da auch etwas träge geworden, fühlen wir uns manchmal etwas müde?

Gesellschaftliche Forderungen scheitern, wenn sie nur einer kleinen, eingeschränkten Bevölkerungsgruppe dienen. Es wird um ein Anliegen gekämpft, dessen Realisierung wenig Sinn macht. Es braucht eine Gesamtbetrachtung, um die Rahmenbedingungen abzustecken und die Folgen analysieren zu können. Nur diese breite Auslegung führt uns hin zu einem Ziel.

Wenn wir den Veloverkehr stärken, sollen sich wirklich alle 70-jährigen ein E-Bike kaufen? Bewirken die «Pestizid- und Trinkwasser-Initiativen», dass wir vor lauter engen Forderungen den Blick auf die weltweite Ernährungssituation mit ihrem Umstellungsdruck verlieren? Was will eine langfristige Alterspolitik erreichen? Wenn die Schweiz sich

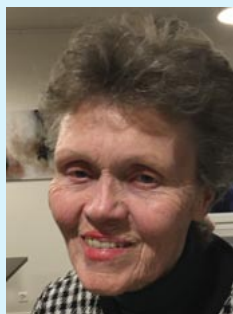
weiterentwickeln will, braucht es das Rahmenabkommen? Wie stellen wir uns Pflege vor?

Ja, wir «Alten» haben etwas zu sagen. Unsere Meinung soll abwägend, unterstützend und offen sein. So unterstützen die FDP Seniorinnen und Senioren die Motion der FDP Fraktion zur «Weiterentwicklung des Mobilitätsreglements». Die Motion will unter andere die Erreichbarkeit der Stadt verbessern. Wir wünschen, dass die Bedürfnisse der älter werdenden Stadtbevölkerung in der Planung berücksichtigt werden.

Die FDP Seniorinnen und Senioren treffen sich als lose Gruppe. Ein Team organisiert die Treffen. Wir sind interessiert, Neues kennenzulernen und begegnen uns freundschaftlich. Amtsträger berichten bei diesen Zusammenkünften von ihren politischen Herausforderungen und Tätigkeiten. Somit erhalten wir Informationen aus erster Hand. Der lebendige Austausch ermöglicht es uns, mittendrin zu sein und mitzureden.

Isabel Isenschmid-Kramis, Alt-Kantonsrätin FDP
Mitglied Leitungsteam

FDP Seniorinnen und Senioren nehmen regelmässig an Veranstaltungen teil. Was schätzen Sie an diesen Treffen?



Alice Weidmann

Ich fühle mich gut in der Gruppe aufgehoben, erhalte Einblick über das politische Geschehen hinaus. Das tolle Angebot des Leitungsteams bereichert meinen Alltag. Während der Pandemiezeit

vermisste ich die Treffen sehr.



Peter Wild

Ich schätze den Austausch unter gleichgesinnten. Man muss Gegensteuer geben, wenn linke Interessen zu sehr auf einzelne Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sind. Solidarität in der Gesellschaft

stelle ich in den Vordergrund, das ist nicht verhandelbar. Ich denke an Digitalisierung im Alltag oder an die Mobilitätsstrategie der Stadt Luzern. Lösungen müssen breit abgestützt sein.



Peter Schmid

Auch im fortgeschrittenen Alter interessiere ich mich für Politik und die Aktivitäten der lokalen FDP. Die persönlichen Begegnungen, vor allem auch mit den aktiven Politikern, sind immer

sehr informativ und bereichernd. Ich schätze es, wenn auch jüngere und junge Mitglieder an den Treffen präsent sind.



Besuch in der Glasmalerei Christoph Stoos.



Die Senioren interessieren sich für die Waldpflege und Aufforstung im Bireggwald.

Ja zum CO₂-Gesetz!

Ja zu Kostenwahrheit und Innovation

Ihr fischt in unserem Teich!

Ende Juni 2008 – die Klimadiskussion fand damals schon statt, allerdings auf viel niedrigerer Flamme als heute – wurde im Kantonsparlament Luzern mein Vorstoss M 217 (mit total 28 Unterschriften) behandelt. Der Titel lautete «Motion Widmer Herbert und Mit. über eine Standesinitiative gegen die Verarbeitung von Grundnahrungsmitteln zu Treibstoff (Bioethanol) (M 217)». Der Regierungsrat wollte den Vorstoss als Postulat (Prüfungsauftrag) entgegennehmen, das Parlament überwies ihn aber mit 54 zu 47 Stimmen als Motion. Allen war klar, dass eine solche Standesinitiative kein sehr starkes Instrument darstellt, das Parlament wollte aber in Bern wenigstens ein Zeichen setzen. Zugegeben, vergangene Zeiten! Geblieben ist mir aber ein kleiner Abschnitt aus dem Votum des Fraktionsprechers der Grünen.

Er erklärte dabei, unser Vorstoss sei doch ein Deckmäntelchen für die FDP, denn das Thema Klima sei doch ihr Interessensgebiet, ihr Teich, in welchem

wir nun zu fischen versuchen würden. Er hat dann doch der Motion zugestimmt. In den letzten Jahren haben sich die linken Parteien – zu Recht – mehr auch für «bürgerliche» Themen wie Wirtschaft, Finanzen etc. interessiert, ohne dass wir das Gefühl hatten, dass diese Themen doch allein zu unserem Teich gehören würden. Sie versuchen aber weiterhin der Bevölkerung das Gefühl zu vermitteln, dass es doch unlauter sei, wenn sich die FDP heute im Bereiche Klimapolitik stark engagiert. Sie vergessen dabei, dass auch wir in einer klimagefährdeten Welt leben, dass auch die meisten unter uns erkannt haben, dass eine engagierte Klima- und Umweltpolitik heute eine unbedingte Notwendigkeit ist. Anlässlich der Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen Schweiz vom 22. Juni 2019 in Altstetten haben die 350 Anwesenden mit sehr grosser Mehrheit ein entsprechendes Positionspapier mit klaren Massnahmen verabschiedet. In der Folge haben die liberalen Vertreterinnen und Vertreter der FDP Fraktion im Bundesparlament das vorliegende

CO₂-Gesetz engagiert mitgestaltet und geprägt. Die SVP und einige Klimasektionen vor allem aus der Westschweiz äussern sich dem vorliegenden Gesetz gegenüber ablehnend, die einen, weil es zu weit, die andern weil es zu wenig weit gehe. Wir sind uns bewusst, dass der Klimaschutz noch mehr Engagement verlangen wird. Die Massnahmen müssen in grossen, aber auch verständlichen und gut realisierbaren Schritten erfolgen, in Schritten, die eine grosse Mehrheit unserer Bevölkerung unterstützt, welche auch für die Wirtschaft Innovationen ermöglichen und Arbeitsplätze bringen. Engagement, Realitätssinn, Bereitschaft zu vertiefter Kommunikation und vieles, vieles mehr sind gefragt, auch wenn die Zeit drängt! Es wäre fatal, wenn die völlig gegensätzlichen Argumente der Gesetzesgegner dazu führen würden, dass unser Land den wichtigen Schritt für ein CO₂-Gesetz verpasst

Herbert Widmer, Alt-Kantonsrat FDP

Delegiertenversammlung FDP.Die Liberalen Kanton Luzern vom 20. April 2021

Zum Thema CO₂-Gesetz kreuzten Ueli Bamert, SVP-Kantonsrat Zürich, Geschäftsführer Swissoil (Swissoil ist der Dachverband der Brennstoffhändler in der Schweiz) und Peter Schilliger, FDP Nationalrat Luzern, Unternehmer Gebäudetechnik die Klinge.

ARGUMENTE GEGEN DAS CO₂-GESETZ

Ueli Bamert betonte, dass Benzin und Diesel um 12 Rappen pro Liter verteuert werden sollen und dass Öl- und Gasheizungen de facto verboten würden. Die CO₂-Abgabe auf Heizöl und Gas werde mehr als verdoppelt (plus 30 Rappen pro Liter Heizöl), was Mehrkosten von 600 - 900 Franken pro Jahr für ein durchschnittliches Einfamilienhaus führen würde. Die Einführung einer neuen Flugticketabgabe sei ein massiver Schlag für unsere Flughäfen, Airlines und den Wirtschaftsstandort Schweiz; durch Verlagerung der Abflüge nach Basel oder ins nahe Ausland könnte diese Massnahme umgangen werden. Es handle sich im Gesetz um unechte Lenkungsabgaben, nur ein Teil der Steuern und Abgaben würden zurückerstattet.

Der Staat werde aufgebläht, ein grosser Teil der Abgaben würde in den neuen «Klimafonds» statt in den NAF (Nationalstrassen und Agglomerationsverkehrs-fond) fliessen. Das schon durch die Corona-Pandemie betroffene Gewerbe würde durch das Gesetz noch weiter enorm belastet, die Verteuerung der Mobilität und der Energie schade der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und verzerre den Markt.

Die Schweiz sei bereits heute vorbildlich mit einem Minus des Pro-Kopf-Ausstosses von 24% in zehn Jahren und der Investition von mehreren Milliarden pro Jahr in energetische Sanierungen auf freiwilliger Basis. Das neue CO₂-Gesetz sei daher teuer, nutzlos und ungerecht.

JA ZUM CO₂-GESETZ – JA ZU KOSTENWAHRHEIT UND INNOVATION

Peter Schilliger stellte einleitend fest, dass eine Revision des Gesetzes notwendig sei um die CO₂-Verminderungsziele im Sinne des Kyoto-Protokolls und des Übereinkommens von Paris weiterzuführen und schliesslich die Klimaneutralität zu erreichen.

Wie erreichen wir das Ziel?

Massnahmen gemäss CO₂-Gesetz

- ⊕ CO₂-Vorschriften bei Fahrzeugen
- ⊕ CO₂-Kompensationspflicht für Treibstoffimporteure
- ⊕ Lenkungsabgaben Luftverkehr
- ⊕ CO₂-Grenzwerte für Gebäude
- ⊕ Lenkungsabgabe auf Brennstoffe
- ⊕ Abgabebefreiung von CO₂-Abgabe für Unternehmen
- ⊕ Klimafonds
- ⊕ Emissionshandelssystem

CO₂-Vorschriften Fahrzeuge

Die im Gesetz vorgesehenen Massnahmen

- ⊕ Umrechnung auf neue Messmethode, deren Resultate näher am Realverbrauch liegen
- ⊕ CO₂-Zielwerte auch für schwere Nutzfahrzeuge (SNF)
- ⊕ 2025 – 2029: - 15% gegenüber 2021
- ⊕ Ab 2030: - 37.5% (PW), - 30% (SNF)
- ⊕ Kein Swiss Finish für Erleichterungen in der Einführungsphase

CO₂-Kompensationspflicht

Die im Gesetz vorgesehenen Massnahmen

- ⊕ Min. 3% durch Elektrifizierung / CO₂-neutrale Antriebsenergie
- ⊕ Im Inland zu kompensieren: mindestens 15% ab 2025 mindestens 20 %
- ⊕ Max. Kompensationsaufschlag bis 2025: 10 Rp., ab 2025: 12 Rp. / Liter

Lenkungsabgaben Luftverkehr

Die im Gesetz vorgesehenen Massnahmen

- ⊕ **Lenkungsabgaben auf Flugtickets:**
- ⊕ 30 – 120 CHF
- ⊕ Lenkungsabgabe ist auf Tickets und Angeboten auszuweisen
- ⊕ Rückverteilung der Einnahmen (mindestens die Hälfte) an Bevölkerung und Wirtschaft
- ⊕ **Abgabe allgemeine Luftfahrt (Lenkungsabgabe auf Privatflüge):**
- ⊕ CHF 500 – 3000 pro Flug mit einer Startmasse von > 5.7 Tonnen

CO₂-Grenzwerte für Gebäude

Die im Gesetz vorgesehenen Massnahmen

- ⊕ Die Kantone sorgen für eine Verminderung der CO₂-Emissionen aus Gebäuden bis 2026/27 gegenüber 1990 um min. 50%
- ⊕ Ab 2023 gelten folgende CO₂-Grenzwerte, die beim Heizungersatz in Altbauten alle 5 Jahre

um 5 kg sinken: In Altbauten 20 kg CO₂/m². in Neubauten 0 kg CO₂/m²

- ⊕ Kantone, in welchen bereits eine kantonale Umsetzung beschlossen ist, sind bis 2026 von der Umsetzung befreit

Lenkungsabgabe auf Brennstoffe

Die im Gesetz vorgesehenen Massnahmen

- ⊕ Vom Abgabeträger werden max. 450 Mio Fr. in Klimafonds für Gebäudeprogramm und 80 Mio Fr. in Klimafonds für Geothermie geleitet
- ⊕ Rückverteilung in Unternehmen und Haushalte
- ⊕ Max. Abgabebetrag: 96 - 210 Fr. pro Tonne CO₂

Abgabebefreiung von CO₂-Abgabe

Die im Gesetz vorgesehenen Massnahmen

- ⊕ Unternehmen können sich von der CO₂-Lenkungsabgabe auf Brennstoff befreien, wenn sie sich gegenüber dem Bund zur Verminderung ihrer Emissionen verpflichten.
- ⊕ Diese Möglichkeit steht neu allen Unternehmen offen

Es handelt sich hier um die erfolgreiche Umsetzung einer Motion der FDP-Liberalen Fraktion zum «Bürokratieabbau. Alle Unternehmen von der CO₂-Abgabe befreien.»

Ausgaben Klimafonds

Drei Schlüsselsektoren für die Anpassung an den Klimawandel

- Gebäudeprogramm (max. 450 Mio.)
- ⊕ Globalbeiträge an Kantone
- ⊕ 60 Mio. CHF und nicht ausgeschöpfte Globalbeiträge für Geothermie, Fernwärme, Energieplanung, erneuerbare Heizsysteme, Ladestationen in Gebäuden, Einspeisung erneuerbares Gas
- Innovationsförderung
- ⊕ Bürgschaften für Darlehen an innovative Firmen (Ablösung Technologiefonds)
- ⊕ Mittel aus Flugticketabgabe zugunsten Emissionsminderung Flugverkehr
- ⊕ Max. 25 Mio. für Plattformen von Kantonen und Gemeinden

- ⊕ Pilot-, Demonstrations- und Leuchtturmprojekte
- Vermeidung von Schäden (Anpassung an den Klimawandel)

Emissionshandelssystem

Die im Gesetz vorgesehenen Massnahmen

- ⊕ Betreiber von Anlagen, die eine bestimmte Menge an Treibhausgasemissionen überschreiten, sind zur Teilnahme am Emissionshandelssystem (EHS) verpflichtet
- ⊕ Seit dem 1. Januar 2020 ist das Schweizer Emissionshandelssystem (ETS) an das EU-ETS gekoppelt --- Grösserer Effekt auf Emissionsreduktion!
- ⊕ Der zivile Luftfahrtsektor und Wärmekraftwerke sind ebenfalls in das ETS einbezogen.

Ja zu mehr Kostenwahrheit

Wer mehr Schaden verursacht, zahlt mehr

- ⊕ Das Verursacherprinzip steht im Zentrum des CO₂-Gesetzes
- ⊕ Folgen einzelner Handlungen sind nicht immer offensichtlich --- Kostenwahrheit muss geschaffen werden
- ⊕ Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen
- ⊕ Keine Verbote: Erweiterung des Instruments der Lenkungsabgaben
 - Flugticketabgabe
 - Abgabe auf dem Privatflugverkehr
 - CO₂-Abgabe auf Brennstoffe
- ⊕ Mehrkosten für eine vierköpfige Familie im Schnitt ca. 100.- Fr. pro Jahr

Ja zur internationalen Kooperation

Die Schweiz will ihre Verpflichtungen einhalten

- ⊕ Pariser Abkommen: von der Schweiz und 190 weiteren Ländern ratifiziert
- ⊕ USA trat dem Abkommen mit Joe Biden bei
- ⊕ EU, China, Kanada, Japan haben bereits strengere Klimaziele für 2030 beschlossen
- ⊕ Im CO₂-Gesetz ist eine langfristige Perspektive verankert: je früher Massnahmen ergriffen werden, desto geringer später die Kosten

JA zu mehr Innovation

Der Klimafonds als Treiber für Innovationen

- Gezielte Unterstützung bei Projekten, die Innovationen fördern
- ⊕ Planung und Finanzierung von Fernwärmenetzen
- ⊕ Aufbau von Ladestationen für Elektroautos --- Elektrifizierung fördern
- ⊕ Sanierung von Gebäuden und Ersatzbauten
- ⊕ Einbau von CO₂freien Heizungen
- Unterstützung bei Schweizer Unternehmen, neue klimafreundliche Technologien auf den Markt zu bringen --- Steigerung Innovationskraft Schweiz
- CH positioniert sich als zukunftsgerichteter Wirtschaftsstandort

Ja zu weniger Abhängigkeit

CO₂-Gesetz hilft, Abhängigkeit von fossilen Energien zu reduzieren

- ⊕ Reduktion von Öl-, Gas- und Kohleabhängigkeit bietet Chancen
- ⊕ Jährlich fliessen rund 8 Milliarden CHF für fossile Brennstoffe ins Ausland
- ⊕ Vollständige Dekarbonisierung des Wärme- und Kältesektors bedeutet eine zusätzliche Wertschöpfung von 1.5 Mrd. CHF in der Schweiz
- ⊕ Umstieg auf Elektroautos und Ersatz der Öl- und Gasheizungen würde allein im Jahr 2030 Kosten in der Höhe von 1.65 Mrd. CHF sparen

Wer sagt ja und wer sagt Nein? Die extreme Linke und die Ölindustrie lehnen das Gesetz ab

2 Referendumskomitees:

- ⊕ Wirtschaftskomitee: Ölindustrie, Automobilindustrie, SVP
- ⊕ Einzelne Klimastreiksektionen (Westschweiz)

JA-Allianz:

- ⊕ Touring Club Schweiz (TCS), Schweizerischer Versicherungsverband (SVV), swissbanking, Baumeisterverband (SBV), Swiss Engineering (STV) und economiesuisse
- ⊕ FDP, Mitte, glp, Grüne, 90 weitere zivilgesellschaftliche Organisationen
- ⊕ Wirtschaftskomitee; 200 Unternehmen

Breite Unterstützung im Parlament

Und von der FDP-Fraktion

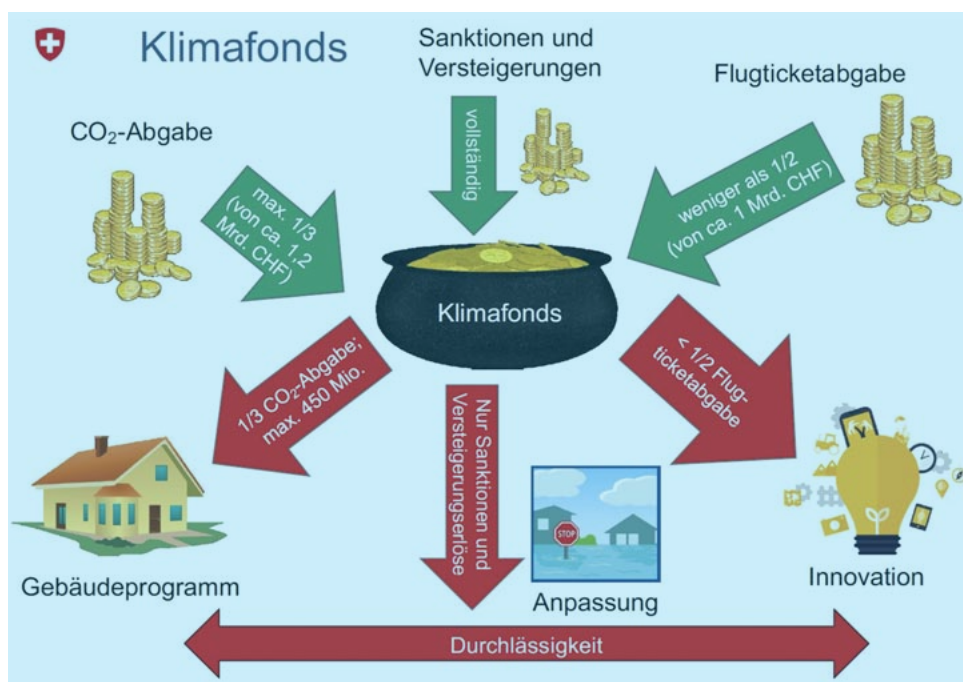
- ⊕ Bundesrat: JA
- ⊕ Nationalrat: 129 Ja zu 59 Nein (8 Enthaltungen)
 - FDP: 23 zu 3 (1 Enthaltung)
- ⊕ Ständerat: 33 Ja zu 5 Nein (6 Enthaltungen)
 - FDP 7 zu 1 (4 Enthaltungen)
- ⊕ DV FDP CH: 218 Ja zu 60 Nein (7 Enthaltungen)
- ⊕ DV FDP LU: 176 Ja zu 68 Nein --- Ja-Parole

Das CO₂-Gesetz als Chance

Und am 13. Juni JA sagen!

Die FDP ist für das CO₂-Gesetz, weil ...

- ⊕ ... das Verursacherprinzip gestärkt und Kostenwahrheit ohne Verbote hergestellt wird
- ⊕ ... es Innovation fördert
- ⊕ ... es die Abhängigkeit von fossilen Energien reduziert



JA zum Covid-19-Gesetz

Delegiertenversammlung FDP.Die Liberalen Kanton Luzern
André Marti, Kantonsrat FDP

Wieso ein Gesetz?

- Seit März 2020 hat der Bundesrat verschiedene Verordnungen zur Pandemiebekämpfung erlassen
- ⊕ Ein Teil dieser Verordnungen basieren auf dem Epidemiengesetz (EpG)
- ⊕ Wo nicht anderes möglich auf Notrecht (Art. 185 Abs. 3 der Bundesverfassung)
- Notrechtlich erlassene Verordnungen sind auf 6 Monate beschränkt
- Das COVID-19-Gesetz schafft die rechtliche Grundlage für die Verlängerung der immer noch notwendigen Massnahmen
- Diese befassen sich vor allem mit Härtefällen, der Hilfe für besonders arg gebeutelte Sektoren und der Versorgung mit medizinischen Gütern.

Das Gesetz im Detail

Mehrheitlich Unterstützung für Pandemie-betroffene

- Ausreichende Kapazitäten und Versorgung im Gesundheitswesen (Art. 3)
- ⊕ Bundesrat kann Materiallager einrichten, übernehmen und weiter verteilen
- ⊕ Einfachere Zulassung von Arzneimitteln
- Schutz von Arbeitnehmer in Risikoberufen (Art. 4)
- Bestimmungen bezüglich Ausländer und Asylbewerber (Art. 5 – 6)
- ⊕ Einschränkungen bei der Ein- und Ausreise
- ⊕ Anpassungen im Asylbereich
- Justiz, Prozessrecht, Zivilrecht (Art. 7 – 9)
- ⊕ Unterbruch von Fristen, Einsatz von Videokonferenzen

- ⊕ Digitale Generalversammlungen
- ⊕ Aufschub von Betreibungen und Konkursverfahren
- Härtefallmassnahmen (Art. 12) für Unternehmen
- Unterstützung von Kultur (Art. 11), Sport (Art. 13) und Medien (Art. 14)
- Verdienstausfall und Kurzarbeitsentschädigung (art. 15 – 17)

Klare Leitplanken für den Bundesrat Handlungsspielraum wird genauer definiert

- In der Pandemie erliess der Bundesrat Massnahmen basierend auf dem flexiblen Notrecht
- Im Gegensatz dazu schafft das Covid-19-Gesetz einen klaren Rahmen für das Handeln des Bundesrates
- Der Handlungsspielraum für den Bundesrat wird durch das Covid-19-Gesetz darum genauer definiert
- Wichtiger Schritt weg vom Ausnahmezustand und Notrecht, zur Normalität

Was das Covid-Gesetz nicht regelt

Ablehnung des Gesetzes basiert oft auf irrtümlichen Annahmen

- Keine Direktive zu Impfungen (festgehalten im Art. Epidemiengesetz)
- Keine Regelung von Schutzmassnahmen und Lockdowns
- Keine Bestimmungen zum Tragen einer Schutzmaske

Negative Auswirkungen der Pandemie mindern

Unterstützungsmassnahmen für Wirtschaft und Bevölkerung

Wirtschaftliche Folgen der Pandemie abfedern;

- Kurzarbeitsentschädigung
- Härtefallunterstützungen für Unternehmen
- Unterstützung von Kultur, Medien und Sport

- Bei Ablehnung des Gesetzes könnten Betroffene künftig nicht mehr auf Unterstützungsmassnahmen zählen

Bundesrat und Parlament sagen Ja

- Bundesrat - Ja
- Nationalrat - 153 Ja zu 36 Nein
- Ständerat - 44 Ja zu 0 Nein
- FDP-Fraktion - Einstimmiges JA
- DV FDP CH - 310 Ja zu 55 Nein
- DV FDP LU - 209 Ja zu 33 Nein, 8 Enthaltungen

Ja zum Covid-19-Gesetz

Die FDP Schweiz unterstützt das Covid-19-Gesetz, weil ...

- ⊕ Betroffene Unternehmen und Arbeitnehmer dadurch die notwendigen Unterstützungshilfen erhalten
- ⊕ Es klare Leitplanken für den Handlungsspielraum des Bundesrates definiert
- ⊕ Es die demokratische Legitimität der Pandemiebekämpfungsmassnahmen stärkt

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur

Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Was für häusliche Gewalt und Hooliganismus gilt, soll auch für Terrorismus gelten

Delegiertenversammlung FDP.Die Liberalen Kanton Luzern
Irene Keller, Kantonsrätin FDP

Warum braucht es das PMT?

Gesetzliche Grundlagen gegen Extremismus schaffen

- Es fehlt die rechtliche Grundlage
- Es fehlen Handlungsmöglichkeiten, wenn
- ⊕ eine konkrete und aktuelle Gefahr für die Bevölkerung besteht
- ⊕ eine Person aus dem Justizvollzug entlassen wird
- Deshalb: von häuslicher Gewalt und Hooliganismus lernen: ein ähnliches Instrument wird erfolgreich eingesetzt
- Präventive Massnahmen, bevor eine Tat begangen wird

Massnahmen gegen Terror

Vorgehen gegen häusliche Gewalt hat sich bewährt

Massnahme durch fedpol genehmigt:

- ⊕ Gesprächsteilnahme- und Meldepflicht
- ⊕ Kontaktverbot zu einzelnen Personen
- ⊕ Rayonverbot
- ⊕ Ausreiseverbot

Durch Zwangsmassnahmengericht genehmigt:

- ⊕ Hausarrest

Rechte bleiben gewahrt

Klare Regeln für das fedpol verhindern Willkür

- rechtsstaatlich:

- ⊕ nur auf Antrag und nach Anhörung des Kantons ergriffen

- ⊕ Beschwerdemöglichkeit bei Bundesger.

- komplementär:

- ⊕ ergänzend zu NAP (nationaler Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus)

- Verhältnismässig:

- ⊕ spezifisch auf Einzelfall

- ⊕ zeitlich beschränkt

Güterabwägung

Freisinnige müssen Einschränkungen der Freiheit immer kritisch betrachten

- Präventivmassnahmen sind eine Einschränkung

der Freiheit

- ⊕ Rechtmässig abgesichert, EMRK und UNO Menschenrecht tauglich
- Altersgrenze: erste Massnahmen ab vollendetem 12. Altersjahr möglich, Hausarrest ab 15
- ⊕ Immer zuerst Kinderschutzmassnahmen
- ⊕ Massnahmen sind auch Schutz für Inder bzw. Jugendliche!
- Gibt es Beweislast?
- ⊕ Gefährdungsannahme muss durch fedpol geprüft werden
- ⊕ Beweislast bei Behörden (Kanton, NDB/Nachrichtendienst des Bundes)
- ⊕ Beschwerdemöglichkeit, Einsprache

Bundesrat und Parlament sagen Ja FDP Fraktion sagt einstimmig Ja zum PMT

- ⊕ Parlament und FDP-Fraktion befürworten die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus klar
- ⊕ Nationalrat: 112 Ja zu 84 Nein (FDP, Mitte, SVP) (SP, Grüne, GLP)
- ⊕ Ständerat: 33 Ja zu 11 Nein
- ⊕ DV FDP CH: 197 Ja, 52 Nein, 5 Enth.
- ⊕ DV FDP LU: 214 Ja, 24 Nein, 12 Enth.
- ⊕ Die Jungfreisinnigen haben Bedenken bezüglich der Rechtsstaatlichkeit und sind daher gegen das PMT

JA zum PMT Sicherheit geht vor

- Terrorismus richtet sich gegen:
- ⊕ unsere gesellschaftlichen Grundwerte
- ⊕ gegen unsere demokratischen Einrichtungen
- Sicherheit ist auch ein Menschenrecht**
- ⊕ Keine Freiheit ohne Sicherheit
- ⊕ Keine Frage meiner Freiheit, sondern der Sicherheit des Nächsten!
- ⊕ Ist der Terrorismus ein Restrisiko, mit dem wir leben müssen? NEIN!

Sicherheit geht vor

- ⊕ Verhältnismässige Präventionsmassnahmen
- ⊕ Gerechtfertigte Güterabwägung
- ⊕ Effektive Bekämpfung von Terrorismus

Pestizid-Initiative – Pro und Kontra

PRO

Um was geht es bei dieser Initiative?

Verzicht auf synthetische Pestizide

- ⊕ in der Nahrungsmittelproduktion
- ⊕ bei öffentlichen Plätzen und Privatpersonen
- ⊕ mit einer Übergangsfrist von 10 Jahren
- ⊕ schützt die inländische Landwirtschaft durch gleiche Regeln für Importe

Synthetische Pestizide

Weisen chemische Zusammensetzungen auf, die in der Natur nicht existieren und bergen im Vergleich mit sämtlichen Alternativen zum Pflanzenschutz die höchsten Risiken für Mensch und Natur

Negative gesundheitliche Auswirkungen;

Nicht-Hodgkin-Lymphom, Diabetes Typ 2, Parkinson, Hormonell bedingte Krebskrankheiten, Neurologische Erkrankungen bei Kindern

Mehrwert für die Landwirtschaft

- ⊕ Den Betrieb für die kommende Generation bewahren
- ⊕ Die Abhängigkeit von Agrar- und Chemiekonzernen reduzieren
- ⊕ Versorgungssicherheit gewährleisten
- ⊕ Die eigene Gesundheit und die der Familienangehörigen und Mitarbeitenden schützen
- ⊕ Die Lebensgrundlage aller schützen
- ⊕ Eine zukunftsfähige Landwirtschaft schaffen

KONTRA

Pestizid-Initiative

Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» will deren Einsatz in der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft gesamthaft verbieten.

Dies heisst aber auch, dass Händler auch nur noch Le-

Delegiertenversammlung FDP.Die Liberalen Kanton Luzern

Pro: Peter Fässler, Kabtonsrat SP / Kontra: Martin Birrer, Kantonsrat FDP

bensmittel importieren, die ohne synthetische Pestizide produziert worden sind. Die zweite Forderung wäre eine Verletzung der WTO-Verpflichtungen der Schweiz.

Die Landwirtschaft hat einen Auftrag

- ⊕ Klares JA zur Verankerung der Ernährungssicherheit (Selbstversorgungsgrad)
- ⊕ Insellösung Schweiz

Landwirtschaft bewegt sich: Pflanzenschutz

- ⊕ Die Hälfte der heute verwendeten Pflanzenschutzmittel sind auch im Biolandbau zugelassen. Die Mittel für die konventionelle Landwirtschaft gingen in den letzten Jahren um über 40 Prozent zurück.

Weitere Verbesserungen sind aufgegleist

Aktionsplan Pflanzenschutz mit messbaren Zielen und 51 konkreten Massnahmen, um

- ⊕ die Risiken von Pflanzenschutzmitteln für die Anwender, die Konsumenten und die Umwelt zu minimieren
- ⊕ vorbeugende und alternative Massnahmen zu fördern
- ⊕ das Wissen rund um unerwünschte Nebeneffekte zu erhöhen

Parlamentarische Initiative

Die Parlamentarische Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» macht die Ziele verbindlich:

- ⊕ Risiken durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln für Gewässer, Trinkwasser und naturnahe Lebensräume bis 2027 um 50% reduzieren
- ⊕ Nährstoffverluste senken

Sie ist damit eine glaubwürdige Antwort auf die beiden Volksinitiativen «Trinkwasser» und «Pestizidfrei»

Keine Wahlfreiheit mehr

Es gäbe in der Schweizer Landwirtschaft und im De-

tailhandel «Biozwang». Die Konsumentinnen und Konsumenten hätten keine Auswahl mehr.

Der Staat schreibe vor, was auf unserem Teller serviert wird.

Abwandern von Verarbeitungsbetrieben ins Ausland

Die Importauflagen zwingen die Lebensmittelhersteller dazu, ihre Produktion ins Ausland zu verlegen.

Das Essen wird massiv teurer

Das Angebot wird staatlich reguliert. Die zusätzlichen Anforderungen erhöhen die Lebensmittelpreise und machen die Schweiz noch mehr zur Hochpreisinsel

Einkaufstourismus

Da die Auflagen nur für die Schweiz gelten und die Preise einseitig steigen, wird der Einkaufstourismus gefördert. Darunter leidet die Schweizer Wirtschaft.

Lebensmittelsicherheit und -haltbarkeit sinken

Die Lebensmittelindustrie ist für die Reinigung ihrer Anlagen auf synthetische Biozide angewiesen. Ohne solche ist eine einwandfreie Lebensmittelqualität in Frage gestellt und die Haltbarkeit der Produkte sinkt.

Mehr Emissionen und Foodwaste

Die Felder müssen häufiger befahren werden (Hacken, mehr Behandlungsdurchgänge bei Biomitteln). Weil zudem mit mehr Ausfällen und einer schlechteren Haltbarkeit zu rechnen ist, erhöht sich nicht nur der CO₂-Ausstoss der Lebensmittelproduktion, sondern auch Foodwaste

Bundesrat und Parlament sagen Nein

- ⊕ Nationalrat: 111 Nein, 78 Ja, 7 Enthaltungen
- ⊕ Ständerat: 31 Nein, 9 Ja, 4 Enthaltungen
- ⊕ DV FDP CH: 318 Nein, 52 Ja, 8 Enthaltungen
- ⊕ DV FDP LU: 209 Nein, 34 Ja, 7 Enthaltungen

Trinkwasserinitiative – Pro und Kontra

Die Trinkwasserinitiative verlangt, dass nur noch Landwirtschaftsbetriebe Direktzahlungen erhalten, die auf Pestizide und vorbeugenden Antibiotikaeinsatz verzichten und deren Tierbestand mit selbstproduziertem Futter ernährt wird. Diese Forderung hat weitreichende negative Folgen: Unsere Wahlfreiheit, Forschung und Innovation werden eingeschränkt und

Delegiertenversammlung FDP.Die Liberalen Kanton Luzern

Pro: Peter Fässler, Kabtonsrat SP / Kontra: Damian Müller, Ständerat FDP

eine radikale Selbstversorgungsromantik realisiert. Dadurch verfehlt die Initiative ihr Ziel und führt unter dem Strich zu einer stärkeren Umweltbelastung.

- ⊕ Umbau der Schweizer Landwirtschaftspolitik
- ⊕ Überwachungsmassnahmen durch Bund
- ⊕ Weniger Auswahl
- ⊕ Schwächung des Forschungs- und Innova-

tionsstandortes Schweiz

- ⊕ Verstärkte Umweltbelastung

Bundesrat und Parlament sagen Nein

- ⊕ Nationalrat: 107 Nein, 81 Ja
- ⊕ Ständerat: 31 Nein, 9 Ja
- ⊕ DV FDP CH: 202 Nein, 165 Ja, 11 Enthaltungen
- ⊕ DV FDP LU: 203 Nein, 41 Ja, 6 Enthaltungen

Parkplatzkompromiss – mobil bleiben

2 x für den Gegenvorschlag

Was müssen wir denn unter «Kompromiss» und unter «Gegenvorschlag» verstehen?

Zugegeben, auch diese Abstimmungsvorlage ist nicht einfach zu verstehen. Für was stimme ich, wenn ich ja oder nein sage? Weshalb spricht man denn hier von «Kompromiss», von «Gegenvorschlag» und von einem «Konstruktiven Referendum». Eine kurze Erklärung soll hier etwas «Aufhellung» bringen.

Das alte Parkplatzreglement stammt aus dem Jahre 1986. Seither – vor allem in den letzten Jahren – wurde sehr viel über das Parkierungsproblem in der Stadt Luzern diskutiert, studiert (sprich: Studien) und gestritten. Der Stadtrat hat in der Folge die alten Parkreglemente überarbeitet und dabei die breite Bevölkerung und die politischen Kreise miteinbezogen. Daraus entstand der B + A 5/2020 «Konzept Autoparkierung». Dieses wird angesichts der breiten Mitwirkung der Bevölkerung, bei welcher jeder auch Eingeständnisse machen musste, Parkplatzkompromiss genannt.

Anlässlich der Sitzung des Grossen Stadtrates vom 12. November 2020 wurde der Vorschlag des Stadtrates in einigen Punkten verschärft. Diese Beschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum. Zu beiden Beschlüssen wurde zudem im Grossen Stadtrat jeweils ein Antrag eingebracht, der die Voraussetzungen für ein konstruktives Referendum erfüllt (konstruktiver Gegenvorschlag). Ein Referendumskomitee hat innerhalb der Sammlungsfrist für das konstruktive Referendum zum Erlass des Parkplatzreglements 1`886, zur Änderung des Parkkartenreglements 1`884 gültige Unterschriften eingereicht. Damit ist das konstruktive Referendum bei einem Soll von 800 Unterschriften von Stimmberechtigten zustande gekommen.

Die Stimmberechtigten können am 13. Juni 2021 in einer Volksabstimmung mit zwei separaten Abstimmungsfragen erklären, ob sie jeweils der Vorlage des Grossen Stadtrates oder dem Gegenvorschlag zustimmen.

Beachte:

➔ **Vorlage des Grossen Stadtrates**
= Beschluss des Parlaments, welcher das Konzept des Stadtrates in wesentlichen Punkten verschärft

➔ **Gegenvorschlag**
= ursprünglicher B + A des Stadtrates (Konzept), welcher unter breiter Mitwirkung der Bevölkerung entstanden ist und daher Parkplatzkompromiss genannt wird

Wenn Sie also am 13. Juni 2021 bei beiden Abstimmungsfragen den Gegenvorschlag ankreuzen bzw. mit JA bezeichnen, stimmen Sie dem ursprünglichen Vorschlag des Stadtrates zu, was wir Ihnen gerne empfehlen!

Parkplatzreglement

Vorlage mit Gegenvorschlag ☒

Parkkartenreglement

Vorlage mit Gegenvorschlag ☒

Was will der Parkplatzkompromiss oder hier «Gegenvorschlag» genannt? (aus B + A 5/2020)

Die Autoparkierung mit der Strassenparkierung, der privaten Parkierung und den Parkhäusern muss als ein Gesamtsystem betrachtet werden. Dabei haben neben den Anforderungen hinsichtlich Klimaschutz sowie Lärm- und Schadstoffimmissionen auch die Kapazität des Strassennetzes, wirtschaftliche Anforderungen, der verfügbare öffentliche Raum und die Aufenthaltsqualität in der Stadt Einfluss auf die Steuerungsmöglichkeiten. Aus diesen Gründen wird mit dem vorliegenden Bericht und Antrag (B+A) eine Optimierung der Parkierungssituation in der Stadt Luzern angestrebt. Der B+A beinhaltet konkrete Ausführungen über die Grundlagen und zeigt Massnahmen sowie deren Umsetzungsmöglichkeiten auf. Sowohl die Grundlagen aus dem Fachbericht «Grundkonzept Parkierung» als auch die Massnahmen wurden im Rahmen partizipativen Prozesses erarbeitet und mit den relevanten Anspruchsgruppen anlässlich von zwei Workshops diskutiert.

Die konkreten Massnahmen zur Optimierung lassen sich in die Teilbereiche Strassenparkierung und private Parkierung gliedern, weisen aber immer wieder Wechselwirkungen auf. Die Strassenparkplätze lassen sich durch die Stadt Luzern am direktesten und effektivsten steuern. Sie sollen so optimiert werden, dass die Aufenthaltsqualität in

der Stadt Luzern verbessert, das lokale Gewerbe durch die Verfügbarkeit von Strassenparkplätzen gestärkt, das Parkregime für Autofahrende vereinfacht und die flächeneffiziente Mobilität gefördert wird. Längeres Parkieren von mehr als einer Stunde soll im Stadtzentrum vorwiegend in Parkhäusern stattfinden. Damit die Strassenparkplätze für die Kundschaft des lokalen Gewerbes besser verfügbar sind und Anwohnerinnen und Anwohner vermehrt auf den dafür vorgesehenen privaten Parkplätzen parkieren, wird für den Bezug einer Dauerparkkarte für Anwohnende eine Nachweispflicht über keinen privaten Parkplatz in der eigenen Liegenschaft eingeführt. Die Digitalisierung der Ausnahmegewilligungen, der Parkuhren und der Bezahlmöglichkeiten an Parkuhren führen zu einer erheblichen Verbesserung für Autofahrende und senken die Betriebs- sowie Unterhaltskosten. Der private Parkplatzbedarf soll grundsätzlich auf dem jeweiligen privaten Grundstück abgedeckt werden. Deshalb regelt das Parkplatzreglement, wie viele private Parkplätze zu den einzelnen Liegenschaften für genau diese Nutzungen erstellt werden müssen und dürfen. Ziel ist es, das Wachstum der privaten Parkplätze zu verringern, autoarme und autofreie Nutzungen zu ermöglichen, den Nutzungsdruck auf die Strassenparkplätze durch private Parkierung zu verringern, die Zweckbestim-

mung der privaten Parkplätze besser durchzusetzen und Leerstände für Vermieterinnen und Vermieter zu vermeiden.

➤ Für eine fortschrittliche Parkierung

- ➔ Innenstadt: Parkplatzbedarf von max. 0.0 – 0.3 Parkplätze pro Wohnung
- ➔ In Aussenquartieren 0.7 Parkplätze statt wie bisher 1.0 pro Wohnung
- ➔ Parkarten, wenn in der Wohnliegenschaft keine privaten Parkplätze vorhanden sind
- ➔ Digitalisierung von Bewilligungen und Parkuhren

➤ Für eine attraktive Innenstadt

- ➔ Entlastung des Zentrums
- ➔ Vereinfachung des Parkregimes durch Vereinheitlichung von Parkdauer und Gebühren

➤ Mehr Strassenpark- und Güterumschlagplätze für das lokale Gewerbe

durch die geplanten Neuregelungen und Anpassungen im Zentrum

Was will der verschärfte Beschluss des Grossen Stadtrates

Die linke Mehrheit des Grossen Stadtrates hat den Parkplatzkompromiss (Antrag des Stadtrates) mit einseitigen Forderungen unnötig verschärft.

➤ **Das Auto soll auch in Aussenquartieren praktisch verbannt werden**

Statt bisher 1.0 Parkplätze pro Wohnung sollten gemäss Antrag Stadtrat noch 0.7 erlaubt sein. Die linke Mehrheit des Grossen Stadtrates (Parlament) senkte diese Zahl auf 0.5, also 50% weniger als heute! Dies ist ein Schritt gegen ältere Menschen, Familien, Kundschaft und Gewerbe und geht eindeutig zu weit.

➤ **Die Parkkartengebühren sollen massiv erhöht werden**

Statt der vom Stadtrat beantragten 600 Franken pro Jahr hat das Parlament 800 Franken beschlossen. Sogar der Preisüberwacher betrachtet die Tarife bereits heute als hoch!

➤ **Bevölkerung und Parlament sollen deutlich weniger Mitspracherecht erhalten**

Bei einer Änderung der Bedingungen soll der Stadtrat die Zoneneinteilung in eigener Kompetenz bestimmen können. Die Gebühren für das Dauerparkieren darf er gegenüber heute verdoppeln. Diese Kompetenzen hat sich der Stadtrat im B + A nicht «zugeteilt», sondern wurde ihm in der parlamentarischen Behandlung von der linken Ratsmehrheit «zugeschanzt». Wir betrachten dies als unserer Demokratie nicht würdig!

Die Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2021

Beschreibung

Reglement über private Fahrzeugabstellplätze (Parkplatzreglement)

Soll die vom Grossen Stadtrat am 12. November 2020 verabschiedete Vorlage oder die Vorlage mit dem Gegenvorschlag (konstruktives Referendum) in Kraft treten?

Frage 1

Vorlage Grosser Stadtrat

Reglement gemäss definitivem Beschluss Ziffer III des Grossen Stadtrates vom 12. November 2020

Frage 2

Vorlage mit Gegenvorschlag (konstruktives Referendum)

Reglement entsprechend dem Antrag des Stadtrates gemäss B+A 5/2020: «Konzept Autoparkierung» vom 4. März 2020 (Beschlussvorschlag Ziffer III) mit Verzicht auf die vom Grossen Stadtrat beschlossenen Anpassungen mit Ausnahme der Ergänzung von Art. 12 Abs. 5 und 6 und Inkrafttreten des Reglements am 1. September 2021.

Änderung des Reglements über die Parkraumbewirtschaftung beim Dauerparkieren auf öffentlichem Grund (Parkkartenreglement) vom 4. September 2014

Soll die vom Grossen Stadtrat am 12. November 2020 verabschiedete Vorlage oder die Vorlage mit dem Gegenvorschlag (konstruktives Referendum) in Kraft treten?

Frage 1

Vorlage Grosser Stadtrat

Änderung des Reglements gemäss definitivem Beschluss Ziffer V des Grossen Stadtrates vom 12. November 2020

Frage 2

Vorlage mit Gegenvorschlag (konstruktives Referendum)

Änderung des Reglements entsprechend dem Antrag des Stadtrates gemäss B+A 5/2020: «Konzept Autoparkierung» vom 4. März 2020 (Beschlussvorschlag Ziffer V) mit Verzicht auf die vom Grossen Stadtrat beschlossenen Anpassungen und Inkrafttreten der Änderung am 1. September 2021

2 x für den Gegenvorschlag

Parkplatzreglement

Vorlage mit Gegenvorschlag ☒

Parkkartenreglement

Vorlage mit Gegenvorschlag ☒

